

Krakauer Zeitung.

Nr. 37.

Freitag, den 14. Februar

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrt. berechnet. — Insertionsgebuhr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierseitigen Seite für Nr. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterschriebenem Diplome den Abteilungsvorstand im Kriegsministerium General-Auditor Karl Ritter v. Lindenthal als Mitter des Ordens der eisernen Krone zweiter Klasse den Ordensmedaillen gemäß in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserstaates allergrädig zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. Februar d. J. dem Ministerialrat im Staatsministerium Dr. August Ebler v. Welbi in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens fastig allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. Februar d. J. dem niederösterreichischen Schulrat und Gymnasial-Knabepfleger Karl Eink von der Burg in Anerkennung seines vieljährigen eifigen und erproblichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 21. Jänner d. J. den außerordentlichen Professor des Strafrechtes an der Universität zu Graz Dr. Joseph Neubauer zum ordentlichen Professor allergrädig zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 3. Februar d. J. dem Lehrer an der Hauptschule zu Leoben, Joseph Klinger, in Anerkennung seines vieljährigen eifigen und erfolgreichen Wirkens im Lehrfache, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergrädig zu kleiden geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 23. Jänner d. J. allergrädig zu gestalten geruht, daß der f. f. Post-Direktor, Moritz A., in Ein das ihm verliehen Ritterkreuz des königlich griechischen Erlöser-Ordens annehmen und tragen darf.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. Jänner d. J. anzuordnen geruht, daß dem im Stande der Vergütbarkeit befindlichen f. f. Schutzherr für das Königreich Ungarn, Franz Sillágyi, aus Anlass seines Ausscheidens aus dem Staatsdienste für die Sr. Majestät und dem Allerhöchsten Hause in schweren Zeiten bewiesene treue Ergebenheit die Allerhöchste Anerkennung ausgesprochen werde.

Der Staatsminister hat über den Vorschlag des kavaleristischen Ordinariates den Weltreiter Blasius Slavicek zum Religionsschüler am Marburger Gymnasium ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 14. Februar.

In Berlin, wo die Nachricht von der Existenz der identischen Note sowohl in den Journalen als in den politischen und selbst in den nichtpolitischen Kreisen eine bedeutende Aufregung hervorgerufen hat, sucht man einige Beruhigung in einer badischen Depesche, welche vom 28. Januar datirt, an den badischen Gesandten in Berlin, Freiherrn v. Marschall, gerichtet ist und, wie es scheint, von diesem an die preußische Regierung mitgetheilt wurde. Aus Anlass des Beust'schen Projektes und zum Theil in polemischer Form gegen dasselbe gibt die Depesche eine umfassende Darlegung der Gesichtspunkte, von denen die badische Regierung die Frage der deutschen Bundesreform aussaß. Im Gegensatz zu Beust und Genossen wird als der einzige richtige Ausgangspunkt hingestellt: nicht die möglichst berücksichtigung d. r. Eingelinteressen, sondern die möglichst höchste Leistung für das Gemeinsame; nicht auf eine neue Form kommt es an, sondern auf alleseitige Opferbereitwilligkeit, auf selbstlose Hingabe an das Wohl des Ganzen, auf die „Unterordnung —

so soll es wörtlich heißen — unter den allbeherrschenden, allein berechtigten Gedanken eines einigen und mächtigen Vaterlandes“. Unter Constatirung sodann der immer weiter und tiefer gehenden nationalen Bewegung, in der sich der „Ueberdruss“ an dem jetzigen Zustande bekundet, wird die Aufforderung an die Regierungen gerichtet, die Initiative in so großen Dingen nicht länger den Bevölkerungen zu überlassen, sondern sel st in die Hand zu nehmen, d. h. eine einheitliche Centralgewalt zu schaffen, welche die Funktionen der Executive — nicht eines Einheitsstaates, sondern — eines Bundesstaates übernimmt. Als den besten Weg dazu empfiehlt die Depesche den der freien Verständigung zwischen den Regierungen, auf dessen baldiges Beschreiten sie mit Nachdruck dringt.

Die „D.B.“ schreibt mit Bezug auf die von den großdeutsch gesinnten Regierungen dem Berliner Cabinet eingehändigte Note: Wir sind der Ansicht, daß in dem Schritte der gebrochenen deutschen Cabinet nicht die leiseste Spur eines offensiven Gedankens liegt. Es handelt sich wesentlich darum, Preußen von dem Betreten einer verhängnisvollen, nicht zur Einigung, sondern zur Bersplitterung Deutschlands führenden Bahn abzuhalten, und sein Cabinet zu einträchtigem Zusammensetzen mit dem bei weitem überwiegenden Theile Deutschlands zu veranlassen. Es war nicht blos ein Recht, sondern eine Pflicht aufrichtig deutsch gesinnter Mächte, gegen die in der bekannten Note des Grafen v. Bernstorff entwickelten Prinzipien mit der vollen Entscheidlichkeit ihrer Ueberzeugung aufzutreten. Die Note usurpiert nichts, präjudiziert nichts, gefährdet kein legitimes Interesse Preußens, — sie steht einfach den Boden der Verträge, weist mit durchgreifender Schärfe nach, daß der Bundesstaatsvorstellung in unlöslichem Widerspruch mit dem deutschen Bundesrecht steht, und schließt mit dem Hinweis auf die eventuelle Ausgleichung aller Gegensätze im Geiste der Eintracht, unter allseitiger Berücksichtigung des möglichen Guten und des unabsehbaren Hingegebenen. Rein vor allem offensiven Charakter, ist übrigens die Note stark durch den darin ausgeprägten Gedanken einer vollauf berechtigten Vertheidigung. Und von diesem Gesichtspunkte aus angesehen ist sie weit mehr als ein verhälendes Wort. Welche Wandlungen auch der klein-deutsche Gedanke fernerhin durchmachen möge, ob er in die Grenzen einer unthätigen Negation sich einschließe, ob er zu thätiger Offensive übergehe, ob er endlich der großdeutschen Idee sich füge, — von dem Tage der Ueberreichung dieser Note wird j. densfalls eine neue, wichtige Uera der deutschen Frage datiren. Das Vorgerüsts, daß es so kommen werde, ja müsse, sind alle Blätter voll, so wohl die, welche zu unserer, als jene, die zur generischen Farbe sich bekennen. In der That ist auch ein diplomatischer Act, mittelst dessen die größten Regierungen Deutschlands, ja die Mehrzahl derselben, unterstüzt von den Sympathien ihrer Völker ihre Ansicht und Gesinnung in Betreff der Regelung der Geschicke Deutschlands offen kundgeben, jedenfalls von hohem Ernst und weittragender Bedeutung.

Über den Einfluß, den die identische Note auf die preußische Regierung ausüben sollte, sagt die Berliner Allg. Stg.: „Preußen muß sich entscheiden, ob es

nachgeben oder vorwärtsstreiten will, stehen bleiben kann es nicht mehr. Will es nachgeben, wie zu Olmütz, so wird es sehr viel nachgeben müssen. Nicht die Noten des Grafen Bernstorff, sondern die Existenz Preußens, eines starken aber unfertigen, bedeutenden aber nicht arondirten Staates, bedroht die Unruhe der Würzburger. Um diese Unruhe zu beschwichten, würde Preußen heute mehr als 1850, es würde so viel nachgeben müssen, daß wir diese Erwägung auf einen eigenen Artikel verschieben. Will es aber oder kann es nicht nachgeben, so muß es vorgehen, ehe es auf der andern Seite zur völligen Organisation kommt. Um vorwärts zu kommen, muß es aufbauen, ein Pferd nach vorn und eines nach hinten zu spannen. Die Feinde des engern Bundes, die Freunde Würzburgs und Österreichs sind dieselben, welche die frei Entwicklung Preußens im Innern bekämpfen. Will man mit Würzburg brechen, so muß man es auch mit den Anhängern Würzburgs zu offenem Bruch kommen lassen; will man die Kräfte des Landes in Anspruch nehmen, so muß man auch seine Bedürfnisse befriedigen. Zum entschiedenen Vorwärtsgehen in Deutschland eignet sich nur ein bestimmter Punct, Kurhessen. Dem deutschen Volke muß eine Bürgschaft dafür gegeben werden, daß es bei den preußischen Reformvorschlägen nur gewinnen kann. Der Streit über Groß- oder Kleindeutschland wird, wie 1850, in Kurhessen ausgeschlagen werden. Den Annahmen einer Garantie Gesamt-Oesterreichs, die nicht auf sich warten lassen werden, genügt es nicht, eine einfache Ablehnung entgegenzusetzen; man muß ihnen zuwiderkommen. Eine Anerkennung des Königreichs Italien ist zugleich der erste Schritt zu einem Bündnis mit England. Die größte Gefahr für jede deutsche Bundesreform ist eine Einmischung des Auslandes, nämlich Frankreich. Diese auf eine loyale Weise abzuwenden, gibt es jetzt ein bestimmtes Mittel: Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich. (Mit oder ohne Zollverein?) Im ersten Fall haben die „Würzburger“ auch ein entscheidendes Wort drein zu sprechen, der zweite ist die Isolirung Preußens, und eben dieser muß es um jeden Preis, nur nicht um den der Isolierung selbst, zu entgehen suchen. D. Red.) Das dringendste wirtschaftliche Interesse Preußens geht dann Hand in Hand mit der politischen Nothwendigkeit. Macht man sich diesen Zusammenhang der Dinge nicht klar, so gehen wir allerdings, gleichviel ob wir halb nachgeben oder halb uns widerlegen, einem zweiten Olmütz entgegen; und dieses würde für uns schwerer zu verhindern sein, als das erste.“

Die „Köln. Zeitung“ und mit ihr die übrigen preußischen Blätter bemerkt, daß der Berliner Regierung jetzt nichts anderes übrig bleibe, als sich rückhaltlos der deutschen Nation anzuschließen, wovon sie jedoch weiter als je entfernt sei. Alle diese Expectationen, schreibt der „Botschafter“, haben natürlich gar kein politisches, sondern nur ein psychologisches Interesse und beweisen weiter nichts, als daß die preußischen Blätter in einem Zustande der Erregtheit sich befinden, welcher jedes gesunde politische Urtheil ausschließt. Wären sie nüchtern, so würden sie erkennen, daß die Protestnoten Oesterreichs und der Mittelstaaten nur ein Act der Nothwehr ist, provocirt durch die Machinationen der Gothaer Partei und die Zweideutigkeit der preußischen Regierung. Wären sie ruhiger Blutes, so würden sie einsiehen, daß durch die Protestnote die materiellen Factoren der politischen Lage in keiner Weise verändert wurden, daß Preußen dadurch um keinen Gran mächtiger und einflussreicher, daß ihm die Anerkennung Italiens und die sogenannte Verbündung mit dem deutschen Volke um kein Haar leichter geworden ist, als vor Erlass jener Noten. Die einzige Wirkung jener Actenstücke besteht vorläufig darin, daß Preußen um eine Illusion ärmer gemacht wurde, um die Illusion nämlich, Österreich lasse sich aus Deutschland hinaus- und die preußische Hegemonie lasse sich nach Deutschland hineintragen. Preußen weiß jetzt, daß ihm nur ein Weg offen bleibt für die Realisierung seiner Hintergedanken, nämlich die Gewalt der Waffen und die Verbündung mit dem Ausland. Schlägt es diesen Weg nicht ein und es wird ihn nicht einschlagen, so sind alle Declamationen, von welchen zweifelsohne die zweite Kammer demnächst erthönt wird, bedeutungslos, und selbst die Bewilligung der Militärvorlage, welcher die „identischen Noten“ höchstwahrscheinlich vorgearbeitet haben, wird nur die preußischen Finanzen berühren, aber die Möglichkeit, mit den vermehrten Streitkräften „Action“ zu machen, in keiner Weise erhöhen.

Nach einem Berliner Telegramm der „Schles. Stg.“ v. 12. d. soll die Antwort der preußischen Regierung auf die bekannten identischen Noten Oesterreichs und der Coalitionsregierungen festgestellt sein und wird noch in dieser Woche abgehen. Die Fassung der Antwort ist entschieden scharf. Im Zusammenhang hiermit meldet das Telegramm weiter: Die Rückäußerung Preußens an das Tuilerienkabinett in Sachen des preußisch-französischen Handelsvertrages wird wahrscheinlich eine definitive sein und dürfte bald abgehen. Der Abgeordnete von Carlowitz wird in der nächsten Sitzung den Antrag einbringen auf Anerkennung des Königreichs Italien im Interesse Preußens. Die obigen Ausdeutungen der „Berliner Allg. Stg.“ scheinen daher weniger Rathschlüsse als die Aufzählung der einzelnen Nummern eines bereits feststehenden Actions-Programmes gewesen zu sein.

Die Bemerkungen der „Kasseler Stg.“ über die durch Preußens „ordnungswidrige“ Militärconventionen „beeinträchtigten“ Garnisonsverhältnisse in Mainz, und namentlich in Landau, scheinen dem Moniteur „zeitgemäß und wichtig“ genug, in dem „Schreiben aus München“ wiedergegeben zu werden. In demselben Schreiben wird dem Kaiserreich angezeigt, daß die Festungswehr von Saarlouis im Frühjahr verstärkt werden sollen, um Schutz gegen gezogene Kanonen zu gewinnen.

Prinz Napoleon, das enfant terrible im französischen Senat, wird mit seiner angekündigten Philippika gegen Rom Ernst machen. Wie die „Indep. belge“ meldet, hat derselbe im Ausschuss verlangt, daß die Adresse des Senats einen Satz enthalten soll, welcher einen Edel oder das Bedauern über die Begehung des Papstes, auf Frankreichs Rathschläge zu brennen, ausdrückt. Nachdem der Präsident Troplong dies verweigert habe, wolle der Prinz das bezügliche Amen-decree in öffentlicher Sitzung einbringen.

Feuilleton.

Scenen aus dem Feldzuge der Alliierten gegen Peking.
(Aus dem „Ausland“.)
(Schluß.)

Unter Autor verläumte auch nicht ein anderes Denkmal zu besuchen, nämlich das alte katholische Münster der Jesuiten. Dieses Gebäude hatte lang gestanden, denn die Feier des Gottesdienstes war verboten worden und das Kreuz von der Spitze des Gebäudes verschwunden. Nach dem Einzug der Alliierten kamen aber zwei französische Priester, als Chinesen verkleidet, zum Vortheil und setzten es durch das Kreuz wieder aufgerichtet und ein feierliches Te Deum in dem ehrwürdigen Gebäude abgesungen wurde. Schade das Swinbo uns bei dieser Gelegenheit nicht mittheilt ob sich keine Ruinen von den Kirchen der alten Franciscanermissionen im 14. Jahrhundert noch aufzufinden lassen, wo bekanntlich Cambalu (Peking) längere Zeit ein Erzbistum bildete. Die Bevölkerung dieser Stadt ist von manchen bis auf 3 Mill. angegeben worden, unter Besucher findet jedoch das, wenn man die Breite der Straßen in beiden Quartieren sowie

Dromedare, behangen mit Glöckchen an ihrem Halse. Fast allen ist auf ihrem Doppelhöcker ein Sattel aufgeschalt, geleitet aber werden die Thiere an einem Seil welches an einem durch ihre Nasen gezogenen Ring festgelegt ist. Die alte Liebhäberei für Goldengagden, die nach Marco Polo's Beschreibung zu Seiten des Gross Chan Kublai in so hohem Flor stand, ist auch nicht gänzlich erloschen, wird aber nicht mehr von dem entnervten Adel, sondern nur von den geringeren Clasen und zwar als Lebenserwerb betrieben. Ost genug begegnet man daher Jägern mit verlappten Falken auf der Faust, die den Hasen und dem Federvieh — besonders im Herbst den Wachteln — nachstellen. Das Land um Peking herum ist äußerst fruchtbar, auch wird weit mehr Fleisch verzehrt als im Süden. Die Hammel welche in den Fleischbänken hängen sehen sehr appetitlich und gesund aus, auch ist diese Schlachtware ziemlich wohlfeil, denn es wird das Pfund um 2½ d. (7½ kr.) verkauft. Ein altes Gesetz verbietet zwar daß Kinder innerhalb des Departements von Schantun geschlachtet werden sollen, da sich aber auf die angrenzenden Gegenden diese Vorschrift nicht erstreckt, so wird der Pekinger Markt reichlich mit Kindfleisch für die geringen Preise von 2 d. (6 kr.) das Pfund versorgt. Wasser erhält man aus Brunnen die längs der Straßen vertheilt sind. An den Brunnen „finnen“ sich große Krüge zum Tränken des Viehs, doch für jedes Haupt 1 Gash (1/20 d. 1/6 kr.) in den

Erog geworfen werden, zur Vergütung für den Mann der den Brunnen pumpt und die Krüge füllt. Etwa sechs deutsche Meilen im Westen von der Hauptstadt liegen die San-Lu-Sin Berge, wo man auf Kohlen und zwar Anthracitkohlen schürft, die nach Peking auf dem Rücken von Dromedaren gebracht und verhältnismäßig ziemlich theuer, nämlich mit 16 Sch. die Tonne (29 kr. der Gr.) bezahlt werden. Ganz entgegen unserer Praxis zermaulmen die Chinesen diese Kohlen zu Staub und rollen sie mit Lehm vermisch in Kugeln welche eine starke Gluth, fast ohne jeden Rauch, geben sollen. Siegel für Mauern, Dächer und Haustüren werden in benachbarten Dörfern drei Tage lang gebrannt. Fensterglas und Glaswaren kommen zwar aus Canton, sind aber (wahrscheinlich wegen des Klimas) im Norden viel häufiger im Gebrauch als im Süden. Beim Häuserbau kommt meistens nur Eisen- und Zinnholz zur Verwendung, alle feineren Holzarten für Hausrathäute müssen aus Südchina oder von den „Strassen“ (Singapur) eingeführt werden. Das Ackerland um Peking herum ist, wie schon bemerkt wurde, äußerst fruchtbar, und Kaouleang oder Barbadoes-Hirse (Sorghum), aus dem auch Branntwein bereitet wird, gilt als die Hauptfrucht. Dann folgt Mais, Zwiebeln (ind. Knoll), Hähnchenkämm, Tabak und als Obstfrucht die Biberölpflanze (Ricinus officinalis). Eine kältere Spielart von Sommerweizen wird, wie der Kärtige, mit künstlicher Bewässerung gebaut. Da in neu-

Der neue Turiner Schmerzensschrei in Paris über die angeblichen Intrigen der Neapolitaner in Rom und der Umstand, daß der Minister Thouvenel nichts Eiligeres zu thun, als den französischen Gefandten in Rom zu beauftragen hatte, sich zum Echo dieses Schmerzensschreies beim Cardinal Antonelli zu machen, erinnert den Pariser — Corr. der „N. P. Z.“ an das französische Gelbbuch, dessen Lückenhaftigkeit gerade in Betreff des Königreiches Neapel am handgreiflichsten ist. Unter den veröffentlichten Depeschen gibt es nicht eine, welche von den durch die Piemontesen verübten Schmachkeiten handelt, und doch mußte die Französische Regierung Berichte hierüber erhalten haben; denn sonst würde der Kaiser nicht den bekannten Brief (Vicenza, 21. Juli) an den General Fleury geschrieben haben, wortl. es u. a. hieß: „Die Nachrichten aus dem Königreich Neapel sind ganz dazu geeignet, der Italienischen Sache alle rechtlichen Menschen zu entfremden... die abschrecklichsten Unwürdigkeiten sind an den Tagesordnung... die Bourbons haben etwas Leidliches niemals gethan.“ Wo sind die Depeschen, welche den Kaiser zu dieser Warnung des Turiner Cabinets veranlaßt hatten? Keine Spur davon im Gelbbuch, das in diesem, wie in all. anderen Punkten pour le besoin de cause zurechtgelegt ist. Man findet nichts als die Stützungen des französischen Konsuls in Neapel, welcher unter and. Abgeschmacktheiten auch die vorbringt, die Zahl der „Brigandos“ beläuft sich höchstens auf 500!! Was die Römische Frage anbelangt, so springt das Gelbbuch von einer Depesche vom 13. Juli des vorigen Jahres mit einem Satze zu der bekannten Depesche vom 11. Januar, welche das verunglückte Ultimatum enthielt. Es läßt sich aber kaum annehmen, daß sechs Monate lang kein Noten gewechselt worden seien. Man schreit sich heiter, daß der Papst Alles verweigere; aber man sagt uns nicht, was man ihm vorgeschlagen hat.

Dafür, daß das französische Cabinet an die in Turin geäußerte „Lösung“ der römischen Frage gewiß nicht denkt, vielmehr an dem Status quo vorläufig nichts ändern will, liegt heute trotz der bekannten Note des Hrn. v. Thouvenel vom 11. Januar d. J. und trotz dem jüngsten Dementi ihres Monitors ein neuer Beleg vor. Der bisher der französischen Gesandtschaft am portugiesischen Hof angehörende Legationssekretär Herzog von Belluno ist in gleicher Eigenschaft in Rom ernannt und soll sich unverweilt dahin begeben. Die er Herzog von Belluno ist aber der nämliche Diplomat, welcher ein oder zwei Tage nach dem Eintritt der Nachricht von des Grafen Cavour Hinsichtlich mit großer Orientierung ein Exemplar veranstaltete. Der Herzog kann demnach in Rom nur persona gratissima sein; in Turin hat man sich zu einer solchen Wahl zu gratulieren.

In Turiner conservativen Kreisen, schreibt man der N. P. Z., ist man über die Haltung Frankreichs dem Papste gegenüber beruhigter als je. Was auch der Monitor sagen mag, der Kaiser hat förmlich unterschriftlich die Verpflichtung übernommen, seine Truppen vorerst nicht aus Rom zurückzuziehen. Aber mehr noch; Napoleon III. scheint des Kampfes mit Rom nahezu überdrüssig zu sein, und da ihm dennoch augenblicklich wenigstens die Verpflichtung des italienischen Halbinsels am Herzen liegt, so möchte er die römische Frage von der italienischen zum jeden Preis getrennt wissen. Dies liegt sich auch deutlich aus dem Schreiben Thouvenels vom 26. November 1861 an Benedetti heraus, worin hinsichtlich Rom die Worte zu lesen sind: „Stellt sich Italien wohl nicht ein Armutszeugnis aus, wenn es erklärt, es könne unter den großen und berühmten Städten Italiens keine andere Hauptstadt finden, außer Rom. Die „Armonia“ macht überdies noch auf den Umstand aufmerksam, daß der Papst sicher sich nicht alle Bischöfe und Erzbischöfe der gesammten Christenheit auf kommanden. Maimonat nach Rom beschieden hätte, wenn er nicht die ausdrückliche Versicherung Napoleons in der Hand gehabt hätte, daß er bis dahin wenigstens des französischen Schutzes sicher sein kann. Wir stimmen jedoch der N. P. Z. bei, wenn sie die Hoffnung ausspricht, man werde sich in Rom keinen Täuschungen hingeben. Kaiser Napoleon, meint das erwähnte Blatt, kann es wohl in seinem Interesse für notwendig finden, sich zum päpstlichen Stuhle wieder freundlicher zu stellen; aber im Grunde wird er stets der gefährlichste Gegner auch der päpstlichen Herrschaft sein. Ein Turiner radicales Blatt, „Gazzetta del Popolo“, weiß das zu würdigen, indem es von ihm sagt: „Napoleon III. ist der oberste Führer der Revolution, die Verkörperung der Revolution der Humanität.“

Die Turiner „Opinione“ vom 10. d. bespricht die venetianische Frage, und zwar aus Anlaß des „Wiener Zeitung“ zunächst an die Adresse der „Kölner Zeitung“ gebrachten Dementis. Dass es für Österreich zu seiner militärischen Betheidigung zweckmäßiger sei, das Festungsvierck zu besetzen, als es aufzugeben, meint die „Opinione“, sei wohl möglich, aber noch besser würde Österreichs militärische Position sein, wenn es überdies auch Piacenza, Ferrara, Alessandria besäße; es handle sich eben für Österreich darum, das zu besitzen oder zu erwerben, was ihm gerade convenire, sondern der Kaiserstaat müsse zusehen, ob der hartnäckig festgehaltene Vortheil nicht dadurch einen noch weit größeren Nachteil hervorruft, daß er ein friedliches Zusammentreffen mit andern Staaten verhindere und die Ruhe der europäischen Familie gefährde. (Diese europäische Familie, möchten wir erwähnen, hat leider auch ungezogene schwer zu beruhigende Kinder.) Das stärkste Argument schlägt die „Opinione“ wie jeder kluge Feldherr zuletzt ins Sechzehnt. Sie sagt: wenn eine friedliche Lösung der venetianischen Frage eine solche absurdé chimäre wäre, wie die offiziöse Wiener „Presse“ sie darzustellen sucht, so wäre es unbegreiflich, daß so viele vernünftige Menschen in ganz Europa, so viele Staatsmänner ersten Ranges sich ernstlich mit ihr beschäftigen könnten. Das letzte ist richtig, das erste zu beweisen.

Nach der in Neapel erscheinenden „Stella del Sud“ nimmt dort die Muratisten eine große Thätigkeit auf. Sie haben ihre eigenen Erkennungszeichen, werden eifrig und sollen bereits 9000 Männer zählen.

